

# Finanzbilanz und politische Abrechnung

## 1. Lesung des Haushalts 2010 gerät zur Generaldebatte

9. September 2009 – Über die Verwendung von 53,3 Milliarden Euro muss der Landtag Nordrhein-Westfalen in der Haushaltsgesetzgebung für das Jahr 2010 entscheiden. NRW-Finanzminister Dr. Helmut Linssen (CDU) hat den Gesetzentwurf in die parlamentarischen Beratungen eingebracht (Drs. 9700). Die erste von insgesamt drei vorgeschriebenen Lesungen im Plenum geriet traditionsgemäß zur Generalaussprache über die Landespolitik. Ebenfalls zur Debatte standen die mittelfristige Finanzplanung bis 2013 (Drs. 14/9701) sowie das Gemeindefinanzierungsgesetz (GFG; Drs. 14/9702) mit Zuweisungen des Landes an die Gemeinden und Gemeindeverbände in Höhe von 7,7 Milliarden Euro.

Finanzminister Dr. Helmut Linssen (CDU) erklärte, der Haushaltsentwurf sei Beleg für eine zukunftsweisende Haushaltspolitik der Landesregierung. Vor dem Hintergrund der Weltwirtschaftskrise, der anhaltend angespannten Konjunkturlage und dramatisch eingebrochener Steuereinnahmen setze der Entwurf „richtige Zeichen, damit das Land gestärkt aus der Krise hervorgeht“, sagte Linssen. Zwar mache die Krise es aufgrund wegbrechender Steuereinnahmen unumgänglich, für 2010 neue Schulden in Höhe von 6,6 Milliarden Euro aufzunehmen, dies liege jedoch noch unter der rot-grünen Rekordneuverschuldung aus dem Jahr 2004. Trotz der angespannten Finanzlage seien im Haushalt 2010 steigende Ausgaben für Zukunftsbereiche wie Kinderbetreuung, Bildung und Forschung vorgesehen. Die Investitionen in politische

Schwerpunkte – beispielsweise die Einrichtung von 920 zusätzlichen Lehrerstellen und 14.500 Be-

treuungsplätzen für unter Dreijährige – wirkten ebenso stabilisierend wie die kommunalfreundliche Umsetzung des Konjunkturpakets II. Allerdings gelte in der Haushaltspolitik auch weiterhin der kaufmännische Leitsatz: „Spare in der Zeit, dann hast du in der Not.“ Linssen forderte deshalb die Fraktionen im Landtag auf, noch in dieser Legislaturperiode den haushaltspolitischen Verzicht auf strukturelle Verschuldung in der NRW-Landesverfassung festzuschreiben. Es dürfe in Zukunft nicht sein, „dass unsere Kinder und Enkelkinder alleine sehen müssen, wie sie mit unseren Schulden fertig werden“, meinte Linssen. Umso mehr müsse die Haushaltskonsolidierung nach Überwindung der Wirtschaftskrise konsequent voranschreiten.

Hannelore Kraft (SPD) bezeichnete den Beitrag ihres Vorredners als „Abschiedsrede“. Die Politik des Ministerpräsidenten und auch der vorgelegte Haushalt erfüllten die Erwartungen der Menschen nicht. Diesen nämlich gehe es um Sicherheit, um eine klare Perspektive. „Sie haben keine Antwort auf den wachsenden Druck in den Familien“, kritisierte die Oppositionsführerin den Grundsatz „Privat vor Staat“ der Landesregierung. Auch fehle ein Rezept für „die beste Bildung für alle“. Das Ziel der Vollbeschäftigung habe Ministerpräsident Rüttgers offensichtlich aufgegeben. Er stehe nur noch für „Verwalten statt Gestalten“. Außerdem sei der Haushalt 2010 ein Beweis für die Untätigkeit der Landesregierung in der Wirtschaftspolitik. Der Wirtschaftsetat sinke Jahr für Jahr. Mit dem Haushalt 2010 erreiche die Verschuldung des Landes in Höhe von 129,1 Milliarden Euro einen „absoluten Rekordwert“. Die SPD-Fraktionsvorsitzende bezeichnete den Ministerpräsidenten als regierungsmüde und

Fotos: Schälte

warf der Landesregierung vor, bei den Kommunen mit mehr als 3,3 Milliarden Euro „in der Kreide zu stehen“. Die Kreise, Städte und Gemeinden seien „systematisch ausgeplündert“ worden und hätten zudem noch mehr Geld im Rahmen des Solidarpakts zahlen müssen als nötig. Zähle man diese 1,15 Milliarden Euro zur Neuverschuldung hinzu, ergäben sich nicht 6,6, sondern in Wahrheit 7,75 Milliarden Euro. Jede Regierung müsste angesichts der Wirtschaftskrise Schulden machen, gestand die SPD-Sprecherin zu. Entscheidend sei dabei, wie das Geld investiert werde. Die Rüttgers-Regierung mache aber Schulden, ohne neue Impulse für die Zukunft zu geben.

Als „Zerrbild der Realität“, bewertete Helmut Stahl (CDU) die Rede seiner Vorgängerin. So sei es noch gar nicht ausgemacht, wer beim Thema „Solidarpakt“ Rückerstattungsansprüche gegen wen habe; dies werde jetzt im Gespräch zwischen Landesregierung und Kommunen geklärt. Des Weiteren werde mit KiBiz mehr für Kinderbildung ausgegeben als früher, und es würden sieben Mal mehr Kinder unter drei Jahren betreut. Die SPD habe 2005 vorgesehen, 16.000 Lehrerstellen als „künftig wegfallend“ einzustufen; heute sehe der Haushalt fast 8.000 Stellen mehr vor.



Finanzminister  
Dr. Helmut Linssen



Hannelore Kraft (SPD)

Helmut Stahl (CDU)

„Sie sind schlecht informiert bis zur Peinlichkeit“, so der CDU-Fraktionsvorsitzende zur Oppositionsführerin. Diese lastete dem Finanzminister 129 Milliarden Euro Schulden an und verschweige, dass die rot-grüne Vorgängerregierung 2005 rund 112 Milliarden Euro Schulden hinterlassen habe. Daher hätten CDU und FDP die Konsolidierung des Landeshaushalts einleiten müssen. In Zeiten einer historischen Wirtschaftskrise sei es jedoch notwendig, auch durch die Erhöhung der Nettokreditaufnahme Wachstumschancen zu sichern. Gleichzeitig investiere die jetzige Landesregierung etwa 3 Milliarden Euro mehr in den Bereichen Bildung, Wissenschaft und Forschung als Rot-Grün im Jahr 2005. Dies sei die Voraussetzung, um die Wirtschaft anzukurbeln, Arbeitsplätze zu schaffen und gute Löhne für die arbeitenden Menschen im Land zu sichern. Eine deutliche Absage erteilte Stahl dagegen weiteren kreditfinanzierten Ausgabenprogrammen,

## Haushaltseckdaten (in Milliarden Euro)

	2006 (Ist)	2007 (Ist)	2008 (Ist)	2009 einschl. zweiter Nachtrag	2010 (Haushalts- entwurf)
Haushaltsvolumen	47,8 Mrd. €	50,0 Mrd. €	51,3 Mrd. €	55,3 Mrd. €	53,3 Mrd. €
Steuereinnahmen	37,0 Mrd. €	40,5 Mrd. €	42,1 Mrd. €	38,5 Mrd. €	37,0 Mrd. €
Nettoneu- verschuldung	3,24 Mrd. €	1,86 Mrd. €	1,12 Mrd. €	5,98 Mrd. €	6,6 Mrd. €
Investitionen (Investitionsquote*)	4,35 Mrd. € (9,1 %)	4,35 Mrd. € (8,7 %)	4,6 Mrd. € (9,5 %)	7,1 Mrd. € (12,9 %)	5,1 Mrd. € (9,6 %)
Zinsausgaben (Zinsausgabenquote*)	4,63 Mrd. € (9,7 %)	4,74 Mrd. € (9,5 %)	4,82 Mrd. € (9,5 %)	4,74 Mrd. € (8,7 %)	4,64 Mrd. € (8,8 %)
Personalausgaben (Personalausgabenquote*)	18,6 Mrd. € (38,9 %)	19,6 Mrd. € (39,3 %)	19,0 Mrd. € (37,7 %)	20,6 Mrd. € (37,1 %)	20,8 Mrd. € (39,2 %)

\* Die Quoten werden anhand der bereinigten Gesamtausgaben ermittelt.

Quelle: Finanzministerium NRW

wie sie die SPD fordere. Diese beinhalteten den Keim für weitere wirtschaftliche Krisen. Richtig sei, die „Politik der Erneuerung“ fortzusetzen.

Dr. Gerhard Papke (FDP) dankte dem Finanzminister für den Etatentwurf. Er falle in

gesetztes hätte das Land im Haushalt im vergangenen Jahr einen Überschuss von über 160 Millionen Euro erwirtschaftet, rechnete Papke vor.



Ministerpräsident Jürgen Rüttgers (CDU)



Dr. Gerhard Papke (FDP)

Sylvia Löhrmann (Grüne)

Rüdiger Sagel (fraktionslos)

Trotz der schwierigen Lage werde die Koalition es schaffen, auch künftig die Schwerpunkte wie zuvor zu setzen. Die bisherige Bilanz sei gut. Seit 2005 habe man die Ausgaben für den Bereich der vorschulischen Bildung um 30 Prozent erhöht. Außerdem gebe es 7.874 mehr Lehrkräfte, um dem Unterrichtsausfall zu begegnen. Der FDP-Fraktionsvorsitzende unterstrich zudem die Investitionen im Hochschulbereich. Bald könne Nordrhein-Westfalen jungen Menschen 11.000 zusätzliche Studienplätze anbieten. Ein weiterer Erfolg seien mehr als 370.000 zusätzliche vollwertige, sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse, die seit Regierungsübernahme bis Ende 2008 dazugekommen seien. Das zeige, dass es darauf ankomme, die richtigen Rahmenbedingungen zu schaffen.

Sylvia Löhrmann (Grüne) verstand den vorgelegten Haushaltsentwurf als eine mehr als ernüchternde Bilanz der schwarz-gelben Regierungszeit seit 2005. Bei seinem Amtsantritt 2005 habe Ministerpräsident Jürgen Rüttgers den Bürgerinnen und Bürgern versprochen, eine Unterrichtsgarantie an den Schulen einzuführen, die Arbeitslosigkeit zu senken und einen ausgegli-

chenen Landeshaushalt vorzulegen. Bei diesen selbstdefinierten Kernpunkten habe die Landesregierung versagt, meinte die Fraktionsvorsitzende der Grünen. Im Bereich Bildung gebe es weder zufriedenstellende Unterrichtsbedingungen noch eine innovative Schulentwicklung; die Arbeitslosigkeit sei weiterhin hoch, und mit 6,6 Milliarden Euro Neuverschuldung müsse NRW einen neuen Rekord in Kauf nehmen. Ministerpräsident Rüttgers habe den Menschen versprochen, das Haushaltsloch zu stopfen, stattdessen aber einen Krater daraus gemacht. Und die Landesregierung habe die Kommunen um Milliarden betrogen: „Trotzdem tun Sie so, als hätten Sie saniert.“ Außerdem sei zu befürchten, dass mangels eines Konjunkturprogramms für NRW die Zahl der Arbeitslosen bis zum Frühjahr kommenden Jahres auf nahezu eine Million Menschen in NRW steigen werde, prognostizierte Löhrmann. Sie kritisierte des Weiteren, dass die Landesregierung von CDU und FDP auch in der größten Wirtschaftskrise der Nachkriegszeit an ihrer Politik „Privat vor Staat“ fest-

eine Zeit, „in der wir den massivsten Einbruch an Wirtschaftswachstum in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland verkraften müssen“. In dieser historischen Ausnahmesituation habe der Finanzminister eine Nettokreditaufnahme vorgesehen, die in dieser Höhe im kommenden Haushaltsjahr unabwendbar sei. Da diese Situation nicht zufriedenstellend sei, wolle man schnellstmöglich wieder auf den „Pfad der Konsolidierung“ zurückkehren, den man in den letzten Jahren eingeschlagen habe. Darin seien sich die Koalitionsfraktionen einig. Ohne die Hilfe für die Westdeutsche Landesbank und den Rettungsschirm des Finanzmarkt-Förderungs-

## Einzelletats (in Milliarden Euro)

	2010
Landtag	0,105
Ministerpräsident	0,306
Innen	4,588
Justiz	3,465
Schule und Weiterbildung	13,939
Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie	5,818
Wirtschaft, Mittelstand und Energie	0,930
Umwelt, Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz	0,745
Arbeit, Gesundheit und Soziales	2,867
Finanzen	1,916
Landesrechnungshof	0,039
Bauen und Verkehr	2,996
Generationen, Familie, Frauen und Integration	1,718
Allgemeine Finanzverwaltung	13,828
Summe	53,260

halten wolle. Mit dieser „marktradikalen Politik“ verspiele die Regierungskoalition die Zukunft Nordrhein-Westfalens, warnte die Grünen-Sprecherin. Ihr Fazit: „Nordrhein-Westfalen hat einen besseren Ministerpräsidenten verdient.“



**Ministerpräsident Jürgen Rüttgers (CDU)**

betonte, er wolle die „Politik der Erneuerung“ im Haushalt 2010 fortsetzen. Trotz der großen Wirtschaftskrise gehe es den Menschen besser als vor viereinhalb Jahren, als er die Regierung übernommen habe. Seit Mai 2005 gebe es rund 230.000 Arbeitslose weniger und über 7.000 Lehrerstellen mehr. Noch nie habe eine Regierung in NRW so viel Geld für Ganztags- und Kitaplätze ausgegeben. Auch in Zukunft wolle man in Kinder und Jugend, Bildung und Weiterbildung investieren. Der Ministerpräsident kündigte für das kommende Jahr 959 zusätzliche Lehrerstellen, einen Ausbau der Plätze an Ganztagschulen und für die Betreuung unter-dreijähriger Kinder, einen höheren Etat für das Kinderbildungsgesetz und für das Programm „Kein Kind ohne Mahlzeit“ an. Das Erfolgsrezept seiner Regierung sah Rüttgers in der Kombination aus einem strikten Sparkurs und Zukunftsinvestitionen. Dass man angesichts einbrechender Steuereinnahmen mit der Haushaltskonsolidierung von vorn beginnen müsse, sei zwar bitter, aber gegen die Krise anzuspüren, sei falsch. Rüttgers ergänzte das Erhardsche Ziel „Wohlstand für alle“ um die Forderung nach „neuer Sicherheit“. Dazu müsse die Politik mit Arbeitgebern, Handwerk, Gewerkschaften und Mittelstand ein „Bündnis der Vernunft“ für mehr Wachstum schmieden. Als Bestandteile dessen nannte er neue Spielregeln für die Finanzmärkte, die Haushaltskonsolidierung, einen Konsens darüber, dass NRW ein Industrie- und Exportland bleibe, die Überzeugung, dass Leistung sich lohnen müsse, sowie die Zielorientierung, NRW zum Innovationsland zu machen und in der Bildung besser zu werden.

**Rüdiger Sagel** (fraktionslos) deutete die Rede des Ministerpräsidenten als „Anfang vom Ende“ der schwarz-gelben Landesregierung. NRW sei finanzpolitisch „ganz unten“ angekommen. Die Haushaltspolitik von CDU und FDP sei vollständig gescheitert, die Landesregierung handele weiterhin nach dem Prinzip „Privat vor Staat“.

#### GEMEINDEFINANZIERUNG

Die Zuweisungen des Landes an die Kommunen, berichtete **Innenminister Dr. Ingo Wolf** (FDP), erreichte 2010 mit 7,7 Milliarden Euro den zweithöchsten Stand seit Bestehen des Steuerverbunds. Der Verbundsatz von 23 Prozent in NRW sei einer der höchsten in Deutschland. Weil in dieser

Zeit Steuereinnahmen nicht mehr sprudelten, seien alle, Land und Kommunen gemeinsam, zur Konsolidierung aufgerufen. Als „bundesweit vorbildlich“ stellte der Minister heraus, dass die Kommunen über 86 Prozent der Mittel des Steuerverbundes frei verfügen könnten. Vor dem Hintergrund des schwankenden Gewerbesteueraufkommens forderte Wolf eine durchgreifende Reform der Gemeindefinanzierung.

**Ralf Jäger** (SPD) bezeichnete die Rede des Ministers als „Schönfärberei“. Viele Kommunen könnten selbst unter Verzicht aller freiwilligen Leistungen wie Hallenbäder oder Büchereien nicht ihre Pflichtaufgaben wahrnehmen, ohne zusätzliche Kredite aufzunehmen. „Wo sind Ihre Lösungen, Konzepte, Ideen?“, fragte er die Landesregierung und prophezeite, dass sie den Kommunen im nächsten Jahr wieder einiges von den im GFG zugewiesenen Mitteln wegnehmen werde. Bereits in den zurückliegenden Jahren sei es zu einem „Raubzug durch die kommunalen Kassen“ gekommen; seit 2006 habe die Regierung den Städten und Gemeinden 3,3 Milliarden Euro entzogen, rechnete er vor.

Man müsse überlegen, wie man zumindest die am schlimmsten betroffenen Kommunen aus ihrer desaströsen Finanzsituation herausholen könne, bestätigte **Rainer Lux** (CDU). Da aber viele Systeme miteinander zusammenhängen, sei auch der Bund gefordert. Die Kommunen wüssten die Höhe der Zuweisungen – der zweithöchste Stand aller Zeiten – zu schätzen. Dies gelte ebenso für die Selbstständigkeit, die das Land den Kommunen zutraue und daher einen hohen Anteil der Mittel zur selbstverantwortlichen Verfügung bereitstelle. Das Land habe sich einmal mehr als seriöser und verlässlicher Partner der Kommunen erwiesen. Im Übrigen sei auch die Lage des Landes und des Bundes angespannt.

Trotz rückläufiger Steuereinnahmen seien die Zuweisungen gegenüber dem höchsten Betrag vom Vorjahr nur um 3,15 Prozent niedriger, lobte **Horst Engel** (FDP) das „hervorragende Ergebnis bei der Gemeindefinanzierung 2010“. Für Investitionen in die Infrastruktur vor Ort stünden etwa eine halbe Milliarde Euro zur Verfügung, auch wenn die Investitionspauschale um 7 Prozent niedriger ausfalle. Auch der FDP-Sprecher rief alle Beteiligten zur Konsolidierung auf. Es gelinge immer mehr

Kommunen, zu stabilen oder gesicherten finanzwirtschaftlichen Verhältnissen zurückzukehren. Die Botschaft sei vor Ort angekommen: „Weg von der Verschuldungspolitik hin zur schwarzen Null.“

„Keiner sagt, dass die Landesregierung allein Schuld habe“, gestand **Horst Becker** (Grüne) zu und verwies auf die Steuerreform 2002. Er kritisierte jedoch, dass die Regierung im Vergleich zur Vorgängerregierung und gemessen an den höheren Steuereinnahmen den Kommunen weniger Geld zur Verfügung stelle. Es gebe keineswegs eine positive Entwicklung: Wenn man die Kassenkredite und die investiven Kredite der Kommunen zusammenzähle, seien die Schulden rasant gestiegen. Auch durch verstärktes Sparen würden sich ihre Probleme nicht lösen; selbst Pflichtaufgaben müssten sie über Kredite finanzieren. Die Gestaltungshoheit der Kommunen sei bald am Ende, warnte er.

sov/sw

Die Gesetzentwürfe zum Haushalt 2010 und zur Mittelfristigen Finanzplanung (Drs. 14/9700 und 14/9701) wurden zur Beratung an den Haushalts- und Finanzausschuss – federführend – und an die Fachausschüsse überwiesen. Das Gemeindefinanzierungsgesetz (Drs. 14/9702) soll ebenfalls im Haushalts- und Finanzausschuss – federführend – sowie im Ausschuss für Kommunalpolitik und Strukturreform beraten werden.

#### Daten zur Gemeindefinanzierung

(in Klammern Veränderung gegenüber Vorjahr/ Angaben in Euro)	
Zuweisungen	7,7 Milliarden (-250,8 Millionen)
Schlüsselzuweisungen	6,6 Milliarden (-212,8 Millionen)
davon für	
• Gemeinden	5,14 Milliarden
• Kreise	767 Millionen
• Landschaftsverbände	643 Millionen
Schulpauschale/Bildungspauschale	600 Millionen
Investitionspauschalen	492 Millionen (-37,1 Millionen)
Pauschale Bedarfszuweisungen	27,6 Millionen (-0,9 Millionen)
Sportzuweisungen	50 Millionen
Verbundsatz	23 Prozent